



Wachstum für Deutschland

„Nordrhein-Westfalen ist das industrielle Kraftzentrum Deutschlands, und das soll es auch bleiben.“

So lautete die Kernforderung des Spitzenkandidaten der CDU NRW für die Landtagswahl, Jürgen Rüttgers, zum Auftakt des Kongresses „Wachstum für Deutschland“ im nordrhein-westfälischen Hürth. In seiner Rede wies Jürgen Rüttgers auf die Notwendigkeit hin, dass ein

Strukturwandel notwendig sei, für den man aber Mut zur Veränderung brauche. Diesen Mut habe Rot-Grün aber in den letzten 39 Jahren in Nordrhein-Westfalen nicht gehabt. „Die Menschen spüren, dass Rot-Grün keine Kraft mehr hat. Die Menschen wissen: Mit Rot-Grün wird nichts mehr besser, sondern alles nur härter“, so der CDU-Spitzenkandidat weiter. Deshalb müsse ▶

INHALT

Bundestagsdebatte
Rot-Grün: Koalition der
Massenarbeitslosigkeit
Seite 10

Dokumentation
Christoph Böhr
„Wer Heimat hat, ist
nicht verloren“
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Günther Oettinger gewählt (Seite 3) ■ Forum Innovation: „Wir können besser sein als andere!“ (Seite 4) ■ Glückwunschs schreiben an den neu gewählten Papst (Seite 5) ■ Berliner Gespräch: „Zukunft made in Germany“ (Seite 6-7) ■ Angela Merkel: „Richard von Weizsäcker – ein fortschrittlicher und vorausschauender Bundespräsident“ (Seite 8) ■ Volker Kauder Aufruf: Tag für Demokratie (Seite 9) ■ Peter Götz: NRW-Kommunen sind doppelt gebeutelt (Seite 11) ■ Hartmut Koschyk, Thomas Strobl: Illegale Doppelstaatler: Keine Problemlösungen in Sicht (Seite 12-13) ■ Wolfgang Schäuble erhält DSB-Ehrenamtspreis (Seite 12) ■ Dietrich Austermann: Hartz IV immer teurer (Seite 13) ■ Dagmar G. Wöhrl: Antidiskriminierungsgesetz: Rot-Grün scheut Debatte (Seite 13-14)

► Rot-Grün weg. Die CDU sage präzise, was auf die Menschen zukommen werde, so Rüttgers. So etwa, dass künftig mehr gearbeitet werden muss – es müsse Schluss sein mit Frühverrentung und der 35-Stunden-Woche: „Wir brauchen wieder die flexible 40-Stunden-Woche. Noch nie hat eine Volk seine Probleme dadurch gelöst, dass es weniger gearbeitet hat.“

Weiterhin sprach sich Rüttgers für ein einfaches und gerechtes Steuersystem, wie das von Friedrich Merz konzipierte, aus. Gleichzeitig müssten etliche Subventionen gekürzt werden. So solle die für Steinkohle bis zum Jahr 2010 halbiert werden – das Geld dafür sei schlicht und einfach nicht mehr vorhanden. Sparen alleine reiche allerdings nicht: „Wir brauchen mehr Wachstum“, konstatierte Rüttgers. Mit dem Abbau von innovationshemmenden Vorschriften müsse vor allem der Mittelstand gefördert werden.

Rot-Grün seien die Proportionen verloren gegangen. „Das Verhältnis zwischen ökonomischer Ver-

nunft und sozialer Gerechtigkeit, zwischen staatlicher Planung und wirtschaftlicher Freiheit stimmt nicht mehr. In einem Land, in dem 4563 Menschen in der Umweltverwaltung, aber nur 417 in der Wirtschaftsverwaltung arbeiten, ist etwas aus dem Ruder gelaufen“, zeigte Rüttgers ein Beispiel auf. Die CDU dagegen werde wieder für vernünftige Verhältnisse sorgen.

Dass die CDU diese Ziele nach dem 22. Mai auch als Regierungspartei umsetzen kann, davon zeigte sich Rüttgers überzeugt: „Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist geschlossen wie nie. Wir wissen, was wir wollen. Und deswegen werden wir die Landtagswahl gewinnen.“

Angesichts von über fünf Millionen Arbeitslosen forderte Angela Merkel „Vorfahrt für Innovation“. Die rot-grünen Regierungen in Berlin und Düsseldorf würden die notwendigen Zukunftsinvestitionen verhindern. Rot-Grün traue den Menschen im Gegensatz zur Union nichts zu, darin offenbare sich der „kulturelle Unterschied“ zwischen Regie-

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

rung und Opposition. Eine Unternehmenssteuersenkung ohne Gegenfinanzierung lehnte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut ab. Die Senkung dürfe „nicht auf Pump“ kommen, sagte sie. „Wir müssen aufpassen, dass wir die Schuldenfalle nicht vergrößern.“

Angela Merkel erneuerte die Forderungen an die Bundesregierung, zunächst wachstumsfördernde Maßnahmen umzusetzen, die „nichts kosten und schnell wirken“. Beispielhaft nannte sie den Bürokratieabbau: „Da können Sie meterweise Gesetze wegschmeißen“, die



v.l.: NRW-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers, CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Ronald Pofalla

die Unternehmen belasten. Beim Kampf um die besten Ideen müsse Deutschland vorne mit dabei sein, forderte die Fraktionsvorsitzende. Die Politiker in Deutschland seien gewählt worden, damit es den Menschen in Deutschland gut gehe und um in Deutschland

die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze zu verbessern. Die Politik der Bundesregierung sei jedoch unter anderem bei den Themen Chemikalienpolitik, Windenergie und Grüne Gentechnik alles andere als beschäftigungsfreundlich.

GÜNTHER OETTINGER GEWÄHLT

Günther Oettinger ist neuer Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

Der Landtag wählte den ehemaligen Vorsitzenden der Landtagsfraktion mit 76 Ja-Stimmen – zwei Stimmen mehr, als die Stuttgarter CDU/FDP-Koalition hat. Oettinger erklärte, er freue sich, dass er bei Kollegen der oppositionellen SPD und der Grünen nicht nur auf Ablehnung stoße, sondern auch auf Offenheit. Der frühere Unions-Fraktionschef ist der siebte Mi-

nisterpräsident des Landes. Das Ergebnis beweise, dass der neue Ministerpräsident über die Grenzen der Regierungskoalition hinaus Anerkennung genieße, sagte CDU-Generalsekretär Volker Kauder. Der bisherige Ministerpräsident Erwin Teufel hatte sein Amt nach mehr als 14 Jahren niedergelegt. Oettinger nannte in einer ersten Stellungnahme die Haushaltspolitik als einen Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit.



Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, gratulierte Günther Oettinger zu seiner überzeugenden Wahl und wünschte ihm für die neuen Aufgaben viel Erfolg. Die Vorsitzende zeigte sich sicher, dass es Oettinger gelingen werde, Baden-Württemberg weiter voranzubringen und zugleich durch seine enge Heimatverbundenheit dafür zu sorgen, dass die CDU auch in Zukunft die Baden-Württemberg-Partei bleibe.

Forum Innovation

„Wir können besser sein als andere!“

Die Union will die Perspektiven für junge Wissenschaftler in Deutschland verbessern.

Das machte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, auf dem „Forum Innovation ‘Junge Wissenschaftler – Die Besten für Deutschland‘“, zu dem die Bundestagsfraktion eingeladen hatte, deutlich. In ihrer Rede forderte die Vorsitzende eine „freie Forschungslandschaft“ mit „flexiblen Strukturen“. Insbesondere die Politik dürfe „nicht von vornherein“ festlegen, was sie „für gute und für schlechte Forschung“ halte, sagte sie vor 500 Gästen. Der Einfluss der Politik mit nicht-wissenschaftlichen Gesichtspunkten auf den Wissenschaftsbereich müsse eingedämmt werden. Es habe sich bewährt, wissenschaftliche Leistungen durch andere Wissenschaftler beurteilen zu lassen, betonte Angela Merkel. Außerdem versicherte sie, dass die Union am Exzellenzförderungs-Programm festhalte und gute Chancen für eine Einigung sehe. Allerdings dürfe es nicht als Einfallstor



Angela Merkel im Gespräch mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Maria Böhmer

für andere Mechanismen der Forschungsförderung missbraucht werden.

Angela Merkel bekannte sich zu dem Ziel, drei Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts für Forschung und Innovationen auszugeben und für mehr Autonomie für die Universitäten. Dazu gehöre eine leistungsbezogene Vergütung ebenso wie das Recht der Hochschulen, sich ihre Studierenden selbst auszusuchen. Ein attraktives Stipendien-, Gebühren- und Darlehenssystems werde künftig einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Bindung der Studenten an ihre Universität zu erhöhen.

Im 21. Jahrhundert würden „Forschung, Innovation, Wissenschaft und Entwicklung“ über den Wohlstand Deutschlands entscheiden,

mahnte Merkel. Deshalb forderte sie Natur- und Ingenieurwissenschaftler auf, daran mitzuarbeiten, dass sich unser Land seinen Anteil an den neuen, innovativen Beschäftigungsfeldern sichere.

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, Katherina Reiche, sprach sich dafür aus, den Wissenschaftsstandort Deutschland weiterzuentwickeln. Die Ressourcen von Hochschulen, außeruniversitären Instituten und Wirtschaft müssten zu Forschungscustern und Exzellenzzentren zusammengebunden werden. Außeruniversitäre Einrichtungen sollen sich in diesen verstärkt um die Qualifizierung von Nachwuchswissenschaftlern kümmern.

Glückwunschschriften der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Angela Merkel, an den neu gewählten Papst:

Heiliger Vater!

Es ist mir eine große Ehre und Freude, Ihnen zu Ihrer Wahl zum Papst sowohl persönlich wie auch im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands herzliche Glück- und Segenswünsche aussprechen zu dürfen.

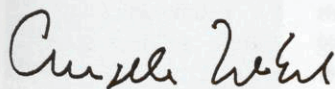
Uns Deutsche ehrt es, dass ein Landsmann von uns zum Nachfolger des hl. Petrus gewählt worden ist. Viele Menschen in Deutschland, nicht nur Katholiken, hat dies tief bewegt.

Das Amt des Papstes hat Bedeutung weit über die katholische Kirche hinaus. Gerade in Zeiten tief greifender Umbrüche und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse in vielen Ländern der Erde brauchen die Menschen Orientierung und Hilfe, um die uralte Frage nach dem Sinn des Daseins beantworten zu können. Dies gilt in besonderer Weise im Blick auf die jungen Generationen der Völker unserer Erde.

Das Amt des Papstes verfügt gerade im Zeitalter der modernen Massenkommunikationsmittel über viele Möglichkeiten, den Menschen sinnstiftende Antworten zu vermitteln. Auf diesen Dienst der Kirche können und dürfen auch moderne Gesellschaften nicht verzichten, da jede Gesellschaft darauf angewiesen ist, auf einem festen Fundament an gemeinsamen Werten und Überzeugungen zu gründen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Sie, Heiliger Vater, den Menschen und Völkern der Erde diese Orientierung in der Ihnen eigenen Tiefe der Gedanken geben werden.

Ich wünsche Ihnen, Heiliger Vater, gute Gesundheit und nicht nachlassende Kraft, vor allem aber Gottes Segen, damit Sie Ihr wichtiges Amt im Dienst an den Menschen versehen können.

Mit freundlichen Grüßen



„Zukunft made in Germany“

Um ihren früheren Generalsekretär anlässlich seines 75. Geburtstages zu ehren, machte die CDU Deutschlands Kurt Biedenkopf ein besonderes Geschenk:

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, lud zu einem Berliner Gespräch ein, dessen Thema dem Ehrengast auf den Leib geschrieben war: „Zukunft made in Germany – Was wir heute tun müssen, um morgen erfolgreich zu sein“. Als intellektueller Sparringspartner Biedenkopfs war der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx ins Konrad-Adenauer-Haus gekommen.

In ihren Begrüßungsworten gratulierte die CDU-Vorsitzende dem Jubilar noch einmal herzlich zum Geburtstag und wünschte ihm Gesundheit und Kraft für seinen „Unruhestand“. Denn als Mitglied des Ombudsrats begleitet Kurt Biedenkopf derzeit die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende an herausragender Stelle. Daneben würdigte Angela Merkel die Verdienste Biedenkopfs als Wissenschaftler und Politiker. So habe er als CDU-Generalsekretär das erste Grundsatzzprogramm der CDU aus



Matthias Horx diskutiert mit Kurt Biedenkopf.

dem Jahr 1978 mitformulierte und die CDU von einer Honoratioren- zu einer mitgliederstarken Volkspartei gemacht.

Auch als er zusammen mit Meinhard Miegel das Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Bonn gegründet habe, sei es politisch nie still um Kurt Biedenkopf geworden, betonte die CDU-Vorsitzende. Als „Querdenker“, „Vordenker“ und „unabhängiger Kopf“ habe er angesichts des demografischen Wandels bereits Ende der 80er Jahre für eine grundlegende Rentenreform geworben. Nach dem Fall der Mauer sei er 1990 als Gastprofessor nach Leipzig gegangen. Seitdem habe er Sachsen die Treue gehalten und sei drei Mal hinterei-

ander mit absoluter Mehrheit zum Ministerpräsidenten des Freistaats gewählt worden.

Wie kann Deutschland im 21. Jahrhundert seinen Wohlstand sichern und dabei als solidarische Gesellschaft fortbestehen? Um diese Kernfrage drehte sich die anschließende Diskussion, die von der „Zeit“-Korrespondentin Elisabeth Niejahr moderiert wurde. Mit Blick auf den demografischen Wandel und seine ökonomischen Implikationen wandten sich Biedenkopf und Horx entschieden gegen eine resignative Grundstimmung und plädierten dafür, dass Altern unserer Gesellschaft als Gestaltungsaufgabe anzunehmen.



Angela Merkel würdigt Kurt Biedenkopf

Dies setze jedoch einen Mentalitätswechsel in den Köpfen der Menschen voraus, unterstrich Biedenkopf. So müsse sich die Einsicht durchsetzen, dass die finanziellen Möglichkeiten des Staates begrenzt seien. Ihn stimme optimistisch, dass inzwischen viele der Arbeitslosengeld-II-Empfänger nach Anfangsschwierigkeiten ihre eigene Kraft entdecken und ihr



Kurt Biedenkopf fühlt sich wohl im Konrad-Adenauer-Haus

Schicksal in die eigenen Hände nehmen würden. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass die Parlamente Experimente zuließen. Deshalb sollten Bürgermeistern und lokalen Arbeitsagenturen im Zuge der Hartz-IV-Reform mehr Freiräume eröffnet werden.

Auch Matthias Horx forderte eine Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben. Stattdessen dominiere in Deutschland aber immer noch das „sichere Modell der Nachkriegsgesellschaft“, das den Menschen die Selbstständigkeit geradezu „ausgetrieben“ habe. Das Land brauche heute einen Zukunftsentwurf, für den es sich zu kämpfen lohne. Dreh- und Angelpunkt sei dabei die Frage, wo das Wachstum künftig herkommen solle. Ein Weg hin zu mehr Wachstum sei die Schaffung einer Hochbildungsgesellschaft. Außerdem müssten Innovationen gefördert und Wachstumskräfte gestärkt werden.

Die oft aus Angst gespeiste Selbstblockade, unter der Deutschland leide, könne nicht dadurch gelöst werden, dass die Regierung auf jede Protestwelle mit Interventionen reagiere, betonte Biedenkopf. In diesem Zusammenhang forderte er eine „Solidaritätsdebatte“:



Volker Kauder dankt den Diskussionsteilnehmern

Diejenigen, die Steuern und Abgaben zahlten, hätten einen Anspruch darauf, dass die Empfänger von Unterstützungsleistungen sich bemühten, finanziell unabhängig zu werden. Erst wenn die Erfolgreichen die Solidarität verweigerten, bestehe Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Nach dieser Reformdiskussion dankte CDU-Generalsekretär Volker Kauder Biedenkopf und Matthias Horx für „ihr Geschenk“ an die Zuhörerschaft. Auch er rief zu mehr „Verantwortungsbewusstsein der Menschen für sich selber“ und „Freude an der Freiheit“ auf. Tatsache sei jedoch, dass das rot-grüne Regierungshandeln in Berlin genau das Gegenteil bewirke: Es habe immer mehr „chancenlose Menschen“ zur Folge.

Angela Merkel

„Richard von Weizsäcker – ein fortschrittlicher und vorausschauender Bundespräsident“

Anlässlich des 85. Geburtstags von Alt-Bundespräsident Richard Freiherr von Weizsäcker erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel:

Es war sicher für alle Deutschen ein Glücksfall, dass Richard von Weizsäcker zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Bundespräsident war. Schon früh hatte er sich für die Deutsche Einheit eingesetzt. Als erster Regierender Bürgermeister von West-Berlin reiste er Anfang der achtziger Jahre in die DDR und engagierte sich später für die Aussöhnung mit den Ostblock-Staaten. Somit stand Richard von Weizsäcker auch als Person für die Aussöhnung zwischen Ost und West. Das machte ihn glaubwürdig. Als Ostdeutsche kann ich bestätigen, dass es uns 1990 angesichts dieser Biographie leicht fiel, Richard von Weizsäcker als „unseren“ Bundespräsidenten anzunehmen. Durch sein Engagement ist es ihm gelungen, das deutsche Volk auch emotional zu vereinen.

Richard von Weizsäcker war ein fortschrittlicher und



Richard von Weizsäcker im Kreise einiger Gratulanten. V.l. Peter Hintze, Ronald Pofalla, Hildegard Müller, Thomas Rachel, Volker Kauder, Ursula Heinen, Richard von Weizsäcker, Angela Merkel, Friedbert Pflüger, Maria Flachsbarth, Julia Klöckner.

vorausschauender Bundespräsident. Zum einen beschäftigte er sich besonders intensiv mit den jungen Menschen. Zum anderen kümmerte er sich um die Probleme der Entwicklungsländer und beschäftigte sich mit der weltweiten Arbeitslosigkeit und dem Umweltschutz. Nicht ohne Grund wurde er immer wieder als „politischer“ und „unbequemer“ Bundespräsident bezeichnet.

Auch die CDU Deutschlands hat Richard von Weizsäcker viel zu verdanken. Dies gilt gerade auch, weil er beständiger Mahner und Kritiker seiner eigenen Partei war und ist. Stets hat er

durch seine kluge und authentische Art die Arbeit der CDU bereichert – ob als Mitglied des Bundesvorstandes, als Bundestagsabgeordneter und später Vizepräsident im Bundestag oder als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Besonders hervorzuheben ist seine Rolle als Vorsitzender der CDU-Grundsatzkommission, auf deren Basis 1978 das erste CDU-Grundsatzprogramm entstanden ist.

Im Namen der CDU Deutschlands wünsche ich Richard von Weizsäcker zu seinem 85. Geburtstag weiterhin Kraft, Gesundheit und Gottes Segen.

Liebe Freunde,

am 7./8. Mai 2005 findet zum Gedenken an das Kriegsende in Europa vor 60 Jahren eine zweitägige Veranstaltung unter dem Motto „Tag für Demokratie“ rund um das Brandenburger Tor in Berlin statt. Es handelt sich um eine Veranstaltung des Senats von Berlin, die von Parteien, Kirchen, Sozialpartnern und anderen gesellschaftlichen Gruppen mitgetragen wird.



Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Dr. Angela Merkel und Dr. Edmund Stoiber, gehören im Namen von CDU und CSU zu den Erstunterzeichnern des Aufrufes.

Die Union wird auch mit einem eigenen Stand vor dem Brandenburger Tor auf der Veranstaltung vertreten sein.

Sie haben ebenfalls die Möglichkeit, den „Tag für Demokratie“ zu unterstützen, indem Sie an der Veranstaltung teilnehmen, indem Ihr Verband und Sie persönlich den Aufruf unterzeichnen und indem Sie diesen verbreiten. Den Aufruf samt Unterzeichnerliste sowie weitere nähere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.tagfuerdemokratie.de>.

Die Veranstaltung am Brandenburger Tor begleitet die gemeinsame Feierstunde des Deutschen Bundestages und des Bundesrates im Plenarsaal des Bundestages, die am 8. Mai um 15.00 Uhr beginnen wird. Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler wird im Rahmen dieser Feierstunde eine Rede halten, die über eine Videoleinwand im Rahmen der Festveranstaltung am Brandenburger Tor übertragen wird.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'U. W. W. W. W.' or similar, written in a cursive style.

Rot-Grün : Koalition der Massenarbeitslosigkeit

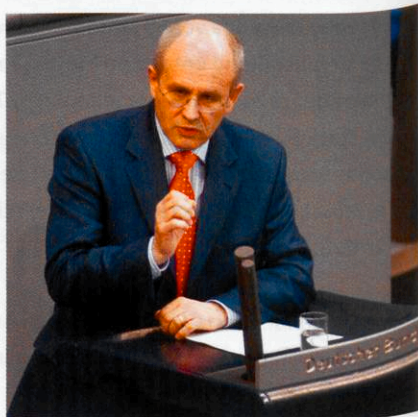
CDU-Generalsekretär Volker Kauder hat eine schonungslose Bilanz der „Agenda 2010“ gezogen.

Während die Koalition von einer „Erfolgsgeschichte“ spreche, befinde sich die Arbeitslosigkeit mit 5,2 Mio. Menschen auf einem Nachkriegsrekord, erklärte Kauder in einer Debatte zur Wirtschaftspolitik im Bundestag. Tag für Tag würden rund 1000 Arbeitsplätze verloren gehen. Damit sei Rot-Grün nicht nur die „Koalition der Massenarbeitslosigkeit“, sondern auch die „Schlusslicht-Koalition“. Die Bundesregierung habe die Menschen ärmer gemacht: Die Arbeitnehmer hätten in diesem Jahr im Schnitt ein Prozent weniger in der Tasche als 2004, betonte der Generalsekretär. Zugleich habe sich Rot-Grün als echter „Zukunftskiller“ erwiesen, der mit einer überbordenden Staatsverschuldung die Handlungsspielräume der Politik dramatisch einschränke – sehr zum Schaden der nachkommenden Generationen.

„Die Menschen sehen die rot-grüne Erfolglosigkeit und reagieren darauf“, mahnte Kauder. Das legten nicht nur

die Wahlniederlagen in den Ländern nahe, sondern auch die aktuellen Umfragen. In dieser Situation zeige der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering Nerven und scheue selbst vor einem Griff in die „Mottenkiste des Klassenkampfes“ nicht zurück. Der Generalsekretär wörtlich: „Wie schlimm muss es um die SPD stehen, wenn ein Vorsitzender ideologische Seelenmassage bei der eigenen Truppe betreiben muss“. „Schluss mit lustig“ sei aber, wenn Staatssekretärin Ute Vogt zu einem Boykott der deutschen Wirtschaft aufrufe. Das sei eine „miserable Politik“, denn sie führe direkt zur Vernichtung weiterer Arbeitsplätze.

Angesichts der Probleme Deutschlands forderte der CDU-Generalsekretär die Koalition nachdrücklich auf, zu einer vernünftigen Sachdiskussion zurückzukehren. „Die Menschen haben ein Recht auf ernsthafte Vorschläge“, bekräftigte er. Mit



dem „Pakt für Deutschland“ habe die Union Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung präsentiert, während die Vorschläge der Bundesregierung nach wie vor „am Kern der Schwierigkeiten“ vorbeigingen. Kauder verwies darauf, dass die Koalition auch 35 Tage nach dem „Jobgipfel“ ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt habe. Obwohl Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung eine aufkommensneutrale Finanzierung der Unternehmensteuerreform angekündigt habe, sei Eichel dem bislang nicht nachgekommen. Die Union werde einer Senkung der Unternehmenssteuern nur bei einer soliden Gegenfinanzierung zustimmen, stellte Kauder klar.

NRW-Kommunen sind doppelt gebeutelt

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen ist und bleibt beunruhigend.

In NRW, wo die Kommunen auf Landes- und Bundesebene einer rot-grünen Koalition gegenüber stehen, spitzt sich die Lage besonders zu. Dort leben rund zwei Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner in Städten und Gemeinden, die ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Die Zahl von in der so genannten vorläufigen Haushaltsführung stehenden Städte und Gemeinden droht dort in diesem Jahr auf einen Höchststand von 103 anzusteigen. In NRW stieg die Kreisumlage im Landesdurchschnitt um etwa 6 Prozent an. Dies führte wie-



Peter Götz

derum zu einem Anstieg der Zahl der kreisangehörigen Kommunen in Haushalts-sicherung. In welchem Zustand sich die NRW-Kommunen befinden, wird deutlich, wenn der dortige Städte- und Gemeindebund NRW es begrüßt, dass „neun Kreise den Weg der Haushaltssicherung wählen und sich damit gegenüber ihren kreisangehörigen Städten und Gemeinden solidarisch zeigen.“ Umso er-

freulicher sind deshalb Berichte aus NRW-Kommunen, die sich dort vom allgemeinen Trend absetzen. Beispielsweise konnte das von Oberbürgermeister Joachim Erwin, CDU, geführte Düsseldorf seine Schuldenlast seit 1999 um ein Drittel reduzieren. Parallel dazu wurden die Gewebesteuern und Grundsteuern deutlich abgesenkt und Düsseldorf zu einem attraktiven Wohnort für Familien ausgebaut. Die Union als die große deutsche Kommunalpartei will, dass kommunale Selbstverwaltung endlich wieder stattfindet. Wir wollen, dass Städte und Gemeinden wieder investieren und Schulen, Schwimmbäder, Bibliotheken und Jugendhäuser erhalten bleiben.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktions-sprecher.

Eine Abordnung von 12 Weinköniginnen, an der Spitze die Deutsche Weinkönigin Petra Zimmermann, haben im Deutschen Bundestag für Wein und Sekt aus Deutschland geworben. Die Weinköniginnen aus dem Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer waren auf Einladung des Trierer CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster für vier Tage in die Bundeshauptstadt gereist. Höhepunkt des Besuchs war ein Treffen mit der CDU-Vorsitzenden, Angela Merkel, bei der zum Gespräch natürlich auch ein heimischer Tropfen nicht fehlen durfte. Mit dem Besuch sollte auch dafür geworben werden, dass es Spitzenprodukte aus Deutschland gibt, die immer noch viel zu selten auch bei offiziellen Anlässen gereicht werden.



Illegalen Doppelstaatler: Keine Problemlösung in Sicht

Stellungnahme zu den Ergebnissen der letzten Innenausschusssitzung zum Bericht des Bundesministeriums des Innern zu Problemen mit den illegalen türkischen Doppelstaatlern:

Der Bericht des Bundesinnenministeriums hat gezeigt, dass nicht sichergestellt ist, dass die unrechtmäßig in deutschen Melderegistern eingetragenen Türken nicht an der Wahl in NRW teilnehmen können. Die Sitzung hat zudem ergeben, dass die Türkei

nicht bereit ist, die Liste der 50.000 illegalen türkischen Doppelstaatler herauszugeben. Dies ist aber unverzichtbar, um eine mögliche Wahlmanipulation beispielsweise in NRW zu vermeiden. Erforderlich ist, dass vor der Wahl in jedem Einzelfall ein Feststellungsverfahren zur Überprüfung der Staatsangehörigkeit durchgeführt wird. Nur auf diesem Wege kann sichergestellt werden, dass eine Wahlmanipulation ausgeschlossen ist.

Die CDU/CSU fordert seit langem sowohl die Übergabe der Listen der illegalen



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

Doppelstaatlicher durch die Türkei als auch den Beitritt Deutschlands zu dem Übereinkommen über den Austausch von Einbürgerungsmitteilungen vom 10. September 1964 (CIEC-Abkommen Nr. 8).

In der Innenausschusssitzung hat die Bundesregierung nicht deutlich gemacht, welchen Vorteil das von der Bundesregierung beabsich-

WOLFGANG SCHÄUBLE ERHÄLT DSB-EHRENAMTSPREIS

Der Deutsche Sportbund und die Commerzbank haben in der Frankfurter Commerzbank-Zentrale zum fünften Mal Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Medien mit dem Preis „Pro Ehrenamt“ ausgezeichnet.

Den zum zweiten Mal vergebenen „Preis der Jury“ erhielt in diesem Jahr Wolfgang Schäuble. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird mit diesem Preis für sein lebenslanges politi-

sches Engagement für den gemeinwohlorientierten Sport geehrt. Schlagworte wie Vereinsförderungsgesetz oder Übungsleiterpauschale seien ganz eng mit seinem Namen verknüpft, betonte DSB-Präsident Manfred von Richthofen in seiner Laudatio. Die Auszeichnung wurde von dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes, dem DSB-Vizepräsidenten, Herbert Hartmann, dem Vorsitzen-



v.l.n.r.: Günter Schulze Blasum, Fritz Pleitgen (WDR), Wolfgang Schäuble, Yavuz Kocaömer, Thomas Schlachta

den der DSB-Medienkommission, Günter von Lojewski, und dem Sprecher des Vorstands der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, vorgenommen.

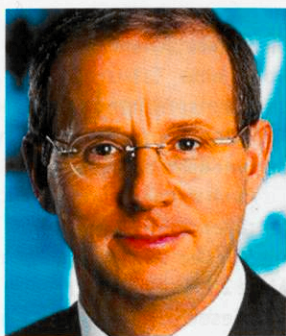
tigte bilaterale Abkommen vor der Ratifikation des CIEC haben soll. Es ist unverständlich, dass Innenminister Schily gegenüber dem türkischen Innenminister Aksu nicht mehr Druck auf die Herausgabe der Listen der illegalen Doppelstaatler macht. Deswegen konnte in der heutigen Sitzung der Eindruck nicht ausgeräumt werden, dass Innenminister Schily von dem türkischen Innenminister Aksu nicht hinreichend ernst genommen wird.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Thomas Strobl** ist der zuständige Obmann.

Hartz IV immer teurer

Hartz IV entwickelt sich immer stärker zur Zeitbombe für den Bundeshaushalt. Die tatsächlichen Ausgaben für das Arbeitslosengeld II explodieren.

Die jüngsten Quartalszahlen des BMF zeigen, dass Mehrausgaben von rd. 9 Mrd. € auf den Bundeshaushalt zurollen. Dafür muss Eichel neue Schulden in Milliardenhöhe aufnehmen. Die Nettokreditaufnahme wird damit auch in diesem Jahr die verfassungsmäßige Grenze



Dietrich Austermann

des Art. 115 GG reißen. Es ist davon auszugehen, dass die Nettokreditaufnahme 2005 erneut zwischen 35 und 40 Mrd. € liegen wird.

Die jüngsten Zahlen zum ALG II bestätigen, was die Union bereits in den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr gesagt hat: Der Haushaltsansatz für ALG II wurde bewusst zu niedrig angesetzt. Die zugrunde gelegten Fallzahlen wurden von der Bundesregierung absichtlich klein gerechnet. Mit aller Gewalt wurde der Haushalt auf Verfassungskonformität getrimmt. Diese erneute Taktik des Täuschens und Tricksens

Aktuell auf der Internetseite der Bundestagsfraktion:

Eine Zusammenfassung und Analyse zu den gegenwärtigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss (Stand 21. April)
Unter www.cducusu.de

wird Rot-Grün bitter auf die Füße fallen. Die Menschen fallen auf die rot-grünen Manöver nicht mehr rein. Der Bundesfinanzminister steht vor dem Scherbenhaufen seiner Politik

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Antidiskriminierungsgesetz: Rot-Grün scheut Debatte

Erklärung zur Weigerung der Regierungsfaktionen, die Änderungen am geplanten Antidiskriminierungsgesetz im Bundestagsausschuß für Wirtschaft und Arbeit zu behandeln:

Die Mehrheit der rot-grünen Ausschußmitglieder hat eine Aussprache über das geplante Antidiskriminierungsgesetz von der Tagesordnung absetzen lassen. Dies zeigt, daß man die eigenen Änderungen am bestehenden Gesetzentwurf nicht für überzeugend hält und das Thema wegen interner Zwistigkeiten am liebsten von der Öffentlichkeit fernhalten möchte.

Die Union wird sich eine Debatte über das Antidiskriminierungsgesetz aber nicht verbieten lassen, sondern weiter auf die Beseitigung

dieses bürokratischen Monstrums drängen. Bei mehr als 5 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen paßt ein solches Gesetz nicht in die Zeit.

Es wäre Aufgabe der Bundesregierung gewesen, bereits vor Verabschiedung der EU-Richtlinien darauf hinzuweisen, daß diese insbesondere im Bereich des Arbeitsrechts kaum mit dem Deutschen Recht vereinbar sind. Dies hat die Bundesregierung versäumt. Und jetzt sattelt sie mit ihrem Gesetzentwurf noch weiter drauf.

Diese Politik werden wir nicht mitmachen. Alles, was über eine 1:1-Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien hinausgeht, werden wir nicht akzeptieren.

Auch mit den Änderungsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. März 2005 geht der Entwurf des Gesetzes noch weit über die Vorgaben der EU-Richtlinien hinaus. Wir brauchen aber nicht mehr, sondern weniger Regeln auf dem Arbeitsmarkt. Das von Rot-Grün geplante Antidiskriminierungsgesetz ist lediglich ein Beschäftigungspro-



Dagmar Wöhr

gramm für Rechtsanwälte und Gerichte.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ZU GAST IN DER FRAKTIONSSITZUNG

Auf Einladung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Angela Merkel, nahm die Vorsitzende des Christlich Demokratischen Appells (CDA) der Niederlande, Marja van Bijsterveldt, an einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag teil. Im Rahmen ihres Grußwortes an die Fraktion gab Frau Bijsterveldt einen kurzen Überblick über die Reformagenda der Regierung Balkenende, die der niederländischen Gesellschaft mit Entbürokratisierung, mehr Eigenverantwortung und Modernisierung der Sozialsysteme neue Dynamik geben will. Für die anstehenden Wahlen in der niederländischen Nachbarregion Nordrhein-Westfalen überbrachte Frau Bijsterveldt die herzlichen Grüße des CDA an die Wahlkämpfer der Union an Rhein und Ruhr. Der CDA gehört wie die CDU Deutschlands der Europäischen Volkspartei an und stellt mit Jan Peter Balkenende den niederländischen Ministerpräsidenten.



CDU Schirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je **Stück: 38,00 €**

inkl. MwSt.: 44,08 €



Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**

Preis je **Stück: 6,50 €**

inkl. MwSt.: 7,54 €



CDU Stehtisch

Höhe ca. 1,10 m, Durchmesser 85 cm

Bestell-Nummer: **0348**

Preis je **Stück: 50,10 €**

inkl. MwSt.: 58,12 €

Sonderpreis

CDU Pavillon,

ohne Seitenteil, 3 x 3 m

Bestell-Nummer: **0924**

Preis je **Stück: 15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



Sonderpreis

Seitenteil für CDU Pavillon

Bestell-Nummer: **0925**

Preis je **Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Bereits vor Veröffentlichung der EU-Richtlinien darauf hinzuwirken, die diese ins-



Logo-Bogen „CDU“

bedruckte selbstklebende Logos auf Trägerpapier,
Bogen mit 13 Logos in verschiedenen Größen und
Ausführungen, Größen von 13,0 x 4,3 cm bis 48 x 20 cm

Bestell-Nummer: **0546**
Preis je **1 Bogen: 22,00 €**
inkl. MwSt.: 25,52 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de